

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 54 | 9. Woche | 77. Jahrgang | E 4504 A

Samstag/Sonntag, 6./7. März 2021

2,60 €

Das Wochenende mit der StZ



Fotos: Bernadette Olderdissen, Lichtgut/Achim Zweggerth, AFP/Thomas Kienle, Stadtarchiv Stuttgart, dpa/Sebastian Gollnow, Illustration: Janosch Film & Medien AG Berlin

Janosch wird 90 Panama ist überall

Tiger, Bär und Tigerente haben den Autor und Künstler Janosch berühmt gemacht. Mit seinen Kinderbuch-Klassikern wie „Oh, wie schön ist Panama“ träumte er sich in eine glückliche Kindheit, die er selbst nie hatte. **SEITEN M 1-2**

Mit
16 Seiten
Ratgeber &
Reportagen
und Reise



Stressventil für Kinder: Die Sportvereine öffnen **SEITE 2**



Brücke zur Welt: Stuttgart im Jahr 1942 **SEITE 10**



Reise: Landlust im Süden von Hamburg **SEITE M 9**

Hauptrolle für Untertürkheim



Im Daimler-Stammwerk wird die E-Mobilität forciert. Alles andere wäre fatal gewesen. Von Andreas Schröder

Das Daimler-Stammwerk in Stuttgart-Untertürkheim besteht seit 117 Jahren. Kaum auszudenken, wenn der Standort in der Strategie des Konzerns nur noch eine Nebenrolle gespielt hätte: Ohne das Kompetenzzentrum Elektromobilität, in dem unter anderem an neuartigen Batteriezellen geforscht werden soll, hätte sich die große Abhängigkeit von der Verbrennungsmotoren-Produktion zunehmend als Handicap erwiesen. Zumal die traditionelle Technologie politisch und gesellschaftlich immer stärker unter Druck gerät. Ein Desaster wäre das geworden, hätte Daimler den E-Campus an einem anderen Standort angesiedelt: für die Beschäftigten, für die Region Stuttgart, aber auch für das Unternehmen und seine Führung.

Wie hätte das ausgesehen, wenn Daimler gerade seinem traditionsreichen Stammwerk, dessen lange Geschichte immer wieder Zäsuren aufweist, langfristig mehr oder weniger die Existenzgrundlage entzogen hätte? Es wäre ein fatales Signal gewesen und hätte weitere Unruhe in die Belegschaft gebracht. Es hätte zudem nicht zur Konsenskultur bei Daimler gepasst, Untertürkheim und seine Beschäftigten nicht mehr am Geschäft der Zukunft zu beteiligen, sondern quasi am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. So hat der Konzern beispielsweise auch das Smart-Werk in Hambach nicht einfach geschlossen, was durchaus möglich gewesen wäre; nachdem man sich entschieden hatte, die E-Smarts künftig in China zu bauen, hat Daimler einen Käufer für das Werk in Lothringen gesucht und gefunden.

Natürlich kann sich Daimler von Tradition alleine nichts kaufen, ökonomisch vernünftig müssen die Entscheidungen schon sein; zumal wenn sie, wie im Fall des E-Campus, von entscheidender strategischer Bedeutung für die kommenden Jahre sind. Ein global agierendes Unternehmen muss das Ganze im Blick und einen Plan B haben, wenn es mit Untertürkheim wirklich nichts geworden wäre. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass Betriebsrat und Daimler-Führung nach sechsmonatigen harten Verhandlungen erneut bewiesen haben, dass sie sich zusammenraufen können, wenn es wirklich darauf ankommt. Beide Seiten sind von ihren Maximalforderungen abgerückt. So hat der Betriebsrat zugestimmt, Teile der eigentlich für Untertürkheim geplanten Produktion nach Polen abzugeben. Dafür wird beispielsweise die Produktion und Montage von Teilen des Antriebsstranges für künftige E-Autos verdroppelt.

Nun gilt es, auf dem Verhandlungsergebnis für Untertürkheim aufzubauen und den Beschäftigten zu zeigen, dass man auch bei den neuen Produkten und Technologien auf ihre zuverlässige Mitarbeit setzt. Daimler ist gleichzeitig wirtschaftlich noch Jahre darauf angewiesen, dass der Verkauf von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor gut läuft. Es dürfte noch einige Zeit dauern, bis reine Elektrofahrzeuge einen großen Gewinnbeitrag leisten. Alte und neue Welt existieren nebeneinander. Die Auseinandersetzungen in Untertürkheim zeigen, welche Konflikte es an anderen Standorten noch geben wird. Da muss der Konzern einiges an Motivations- und Überzeugungsarbeit leisten, denn die Belegschaft ist verunsichert.

Das hat auch mit dem enorm hohen Tempo zu tun, das Daimler-Chef Ola Källenius anschlägt. Die Kosten auch in den kommenden Jahren kräftig senken, gleichzeitig Milliarden Euro in die Transformation hin zur E-Mobilität und in die Digitalisierung des gesamten Konzerns investieren, am Jahresende Daimler Truck aus dem Konzern lösen und an die Börse bringen – das verlangt den Beschäftigten alles ab. Die Einigung in Untertürkheim ist ein großer Schritt, aber für den Konzern und seine Beschäftigten eben nur eine Etappe auf einem langen Weg.

Mehr Geld fürs Citymanagement?

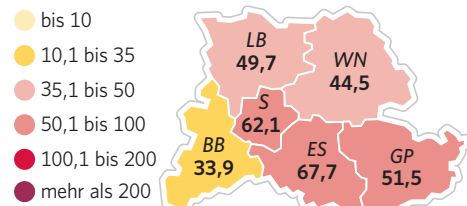
Um den Handel zu unterstützen, arbeitet das Citymanagement im Leonberger Rathaus auf Hochtouren. Um weitere Aktionen zu starten, etwa Schnelltests für Kunden und Verkaufspersonal, spricht die CDU für eine bessere Finanzausstattung und personelle Verstärkung aus. **Seite I**

Baugebiet: Klage

Das Interesse ist groß: 1100 Interessenten haben sich um einen der 40 Bauplätze in einem neuen Wohngebiet in Merklingen beworben. Doch nun droht eine Klage beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim das Projekt zu blockieren. **Seite II**

AUSBREITUNG DER INFEKTION

Neuinfizierte (7 Tage) in der Region
je 100 000 Einwohner



Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 26.2. - 4.3. verglichen mit der Woche davor)

8263 (+4%) **937 (+16%)**

Verstorbene (mittlerer Tageswert 26.2. - 4.3.)

284 (-9%) **25 (+8%)**

Grafik: Krause Quelle: RKI, LGA Stuttgart, Stand 5.3., 18 Uhr

Wetter SEITE 24



Börse SEITEN 16, 17

➔ Dax 13 920,69 Punkte (- 0,96 %)
➔ Dow Jones 31 496,30 Punkte (+1,85 %)
➔ Euro 1,1912 Dollar (Vortag: 1,2047)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Wohnungsnot treibt Bürger um

Umfrage der Tageszeitungen: Der Kampf gegen die Pandemie ist das wichtigste Anliegen, danach kommt gleich bezahlbarer Wohnraum. Die grün-schwarze Bilanz fällt durchwachsen aus. Von Arnold Rieger

Der Mangel an preiswerten Wohnungen brennt den Bürgern fast ebenso auf den Nägeln wie der Kampf gegen die Coronapandemie. Dies ist ein Ergebnis des „BaWü-Checks“, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) umgesetzt wurde. 66 Prozent der mehr als 1000 Befragten zählen demnach den Einsatz für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu den „wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern“. Die Abwehr von Corona nennen 67 Prozent.



Für Frauen spielt das Wohnungsthema sogar eine noch größere Rolle: 72 Prozent zählen es zu ihren wichtigsten Anliegen, bei Männern beträgt umgesetzte wurde. 66 Prozent der mehr als 1000 Befragten zählen demnach den Einsatz für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu den „wichtigsten Aufgaben, um Baden-Württemberg eine gute Zukunft zu sichern“. Die Abwehr von Corona nennen 67 Prozent.

der Wert 60 Prozent. Ähnliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich beim Stellenwert einer verlässlichen Kinderbetreuung: Für 40 Prozent der Frauen ist sie Teil der wichtigsten politischen Agenda, Männer nennen sie zu 35 Prozent. Umgekehrt halten Männer die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet, gute Standortbedingungen für Unternehmen, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die För-

derung des wissenschaftlichen Fortschritts sowie Effizienzsteigerungen der Verwaltung für wichtiger als Frauen.

Ganz oben in der Rangfolge steht für alle befragten Bürger allerdings die Bekämpfung der Pandemie und der damit verbundenen Schäden. So zählen 64 Prozent der Befragten die finanzielle Unterstützung von Unternehmen, die von der Krise betroffen sind, zu ihren wichtigsten Anliegen, 58 Prozent die Verbesserung der Digitalausstattung von Schulen. 54 Prozent halten es für die Zukunft des Landes besonders wichtig, flächendeckend schnelles Internet bereitzustellen.

Für ihr Krisenmanagement in der Pandemie erhält die Landesregierung von 54 Prozent der Befragten eine gute oder sehr gute Note. 37 Prozent äußern sich kritisch. Allerdings hat die große Mehrheit gleichzeitig den Eindruck, dass die Effizienz von Staat und Verwaltung zu wünschen übrig lässt. So sehen mehr als zwei Drittel der Befragten Probleme beim Digitalunterricht, 65 Prozent kritisieren die Organisation der Impftermine, 45 Prozent die Erreichbarkeit von Behörden.



Winfried Kretschmann (Grüne) und Susanne Eisenmann (CDU)

Die Gesamtbilanz der Legislaturperiode fällt für die Landesregierung gemischt aus. Nur 32 Prozent bewerten die Politik von Grün-Schwarz als erfolgreich, 26 Prozent als nicht erfolgreich. Viele Befragte trauen sich kein Urteil zu. Das gilt auch für die Frage, welche der drei Oppositionsparteien am aktivsten war: 25 Prozent nennen die SPD, elf Prozent die AfD, neun Prozent die FDP. Insgesamt 55 Prozent sind unentschieden oder sagen „keine davon“.

In Sachen Bekanntheit und Beliebtheit kann dem aktuellen Ministerpräsidenten laut Umfrage kein anderer Landespolitiker das Wasser reichen. 72 Prozent derjenigen, die ihn kennen, haben von Winfried Kretschmann eine „gute Meinung“, 28 Prozent sehen ihn kritisch. Seine CDU-Herausforderin, Kultusministerin Susanne Eisenmann, wird von 32 Prozent derjenigen, denen sie ein Begriff ist, positiv bewertet, von

gut zwei Dritteln jedoch kritisch. Die Umfrage unter mehr als 1000 Menschen fand vom 19. bis 26. Februar online statt.

– Kommentar: Im Zeichen der Pandemie **SEITE 3**

– Wohnungsnot drückt wie Corona **SEITE 6**

Stammwerk wird zum Elektrocampus

Der Automobilkonzern Daimler baut für mehr als 400 Millionen Euro den Standort Stuttgart-Untertürkheim um. Von Andreas Schröder

Der Streit über die künftige Ausrichtung des Daimler-Stammwerks in Stuttgart-Untertürkheim ist beigelegt. Für mehr als 400 Millionen Euro soll der Standort zu einem Campus für Elektromobilität umgebaut werden. Im Werk sollen Elektromotoren, Batterien und komplette Antriebssysteme entwickelt und gebaut werden, und zwar in deutlich größerem Umfang als bisher geplant, teilte der Autobauer mit. Der Standort spielt damit in den Planungen des Konzerns, der den Bau von Elektrofahr-

zeugen in den kommenden Jahren massiv vorantreiben will, eine zentrale Rolle.

Daimler will dort künftig zudem auch selbst – zumindest in kleiner Serie – Batteriezellen fertigen. Im Gegenzug fällt Produktionsvolumen im Bereich der Verbrennungsmotoren weg. In Summe wird das am Ende auch Arbeitsplätze kosten: Eine Zahl nannte der Konzern allerdings nicht. „Der Betriebsrat redet nicht über Abbauzahlen“, sagte der Betriebsratschef in Untertürkheim, Michael Häberle. Die nun getroffene Vereinbarung sieht neue

Personalmaßnahmen vor: In der Produktion und produktionsnahen Bereichen wird es die Möglichkeit freiwilliger Abfindungen geben. Ein freiwilliger Wechsel an andere Standorte in der Region – Sindelfingen und Rastatt – ist möglich. Und in Absprache mit dem Betriebsrat hat der Konzern die Möglichkeit, Mitarbeiter „temporär auf nicht gleichwertige Arbeitsplätze zu versetzen“ – bei unveränderter Entgeltfortzahlung.

Unternehmen und Betriebsrat hatten monatelang über die Zukunft des Standorts gestritten. Untertürkheim ist das Leitwerk für Antriebstechnik im Produktionsnetz von Mercedes-Benz. Rund 18 000 Menschen arbeiten dort.

– Daimler baut E-Campus **SEITE 13**